wirtschaftsflash

Das Magazin der Solothurner Wirtschaft

Ausgabe 5/2025
46. Jahrgang

KGV SO und SOHK fordern bessere Rahmenbedingungen statt Einzelfall-Lösungen

SOHK

KGV KMU- und Gewerbeverband Kanton Solothurn

jura
«Frisch gemahlen, nicht gekapselt.»
A
Geniessen wie Roger Federer: zum Beispiel mit der J10, die Hot Brew, Cold Brew und sogar Sweet Foam beherrscht.
Roger Federer, Schweizer Tennis-Ikone und JURA-Markenbotschafter seit 2006.
jura.com

INHALT

04 Klare Position der Solothurner Wirtschaftsverbände: Bessere Rahmenbedingungen statt Einzelfall-Lösungen
Die geplante staatliche Unterstützung für das Stahlwerk Gerlafingen stellt eine Grundsatzfrage der Wirtschaftspolitik: Soll der Staat einzelne Unternehmen mit Steuergeldern retten? Oder soll er stattdessen Rahmenbedingungen schaffen, von denen alle Betriebe gleichermassen profitieren? Die Solothurner Wirtschaftsverbände haben dazu eine klare Position bezogen – und diese widerspricht den Plänen der Regierung.

07 Rückblick auf den Herbstanlass 2025 des KGV SO
Rund 120 Gäste trafen sich am Herbstanlass des KGV SO in Hägendorf. In der Abbundhalle der Peter Studer Holzbau AG diskutierten Politik, Wirtschaft und Verbände über die Rolle der KMU und die Zukunft der Gewerbevereine. Neben spannenden Inputs prägten vor allem persönliche Begegnungen und lebendige Gespräche den Abend.

10 Verbandsexperte Hans Lichtsteiner im Interview: «Erfolge müssen kommuniziert werden»
Hans Lichtsteiner war am Herbstanlass des KGV SO als Experte auf der Bühne und hat in seinem Impulsreferat wichtige Denkanstösse zu Sinn und Zweck von Verbandsstrukturen gegeben. Wirtschaftsflash vertieft das Thema und hat mit Lichtsteiner über müde Verbände, die Existenzberechtigung eines Dachverbands wie des KGV SO und über punktuelle Kommunikation gesprochen.

12 Wirtschaftsverbände schlagen Alarm
Die grossen Dachverbände der Schweizer Wirtschaft haben in den letzten Wochen eindringlich vor einer schleichenden Erosion des Wirtschaftsstandorts Schweiz gewarnt. Economiesuisse, der Schweizerische Gewerbeverband (sgv) und Swissmem fordern rasche Massnahmen gegen Überregulierung, hohe Energiepreise und internationale Handelskonflikte. Auch im Kanton Solothurn stossen die Appelle auf offene Ohren. Dort liegen bereits konkrete Vorschläge für Entlastungen auf dem Tisch.

14 Modernisierung im Stau: Warum der 5G-Ausbau stockt
16 Serie: JardinSuisse Solothurn im Porträt
20 Die Parolen der Solothurner Handelskammer und des KMU- und Gewerbeverbands Kanton Solothurn zu den Abstimmungen vom 30. November 2025
22 Reportage: Wie die Lehrzeit sicherer wird
24 Meinung: Weniger Fremdsprachen würden der Wirtschaft nützen
26 Agenda und Impressum

Titelbild: CH Media/Hanspeter Bärtschi

EDITORIAL

Die Diskussion um die geplante Unterstützung für Stahl Gerlafingen sorgt derzeit für grosse Diskussionen. Das Werk ist in der Region Solothurn ein bedeutender Arbeitgeber, ein wichtiger Auftraggeber für viele KMU und seit vielen Jahren ein geschätztes Mitglied der SOHK. Ich wünsche dem Unternehmen von Herzen, dass es die aktuelle Herausforderung meistert und bald wieder auf stabilem Fundament steht. Gleichzeitig müssen wir unseren Grundsätzen treu bleiben. Wirtschaftspolitik darf sich nicht an einzelnen Branchen oder Unternehmen orientieren, sondern muss Rahmenbedingungen schaffen, von denen alle profitieren. Die anstehende Debatte im Kantonsrat wird zeigen, welchen Weg der Kanton einschlagen will. Sie steht für eine Grundsatzfrage: «Wie sichern wir die Wettbewerbsfähigkeit, wenn Energiepreise steigen, Regulierungen zunehmen und die internationalen Märkte unsicher bleiben?»

Viele Betriebe im Kanton Solothurn spüren diese Belastungen täglich. Aus vielen Gesprächen mit Unternehmerinnen und Unternehmern weiss ich, wie stark der Druck auf die Betriebe ist. Gefragt sind jetzt verlässliche Rahmenbedingungen, eine sichere und bezahlbare Energieversorgung, weniger Bürokratie und eine Verwaltung, die unternehmerisch denkt und digital handelt.

Auch die weiteren Themen dieser Ausgabe zeigen, dass Veränderungen nur im Zusammenspiel gelingen. Ob beim Ausbau des 5G-Netzes, in der Berufsbildung oder bei der Arbeitssicherheit von Lernenden: Überall braucht es Vertrauen, Offenheit und das gemeinsame Gespräch. Der persönliche Austausch, wie er am Herbstanlass des KGV gelebt wurde, bleibt entscheidend. Er schafft Verständnis und Zuversicht. Nur so können wir die aktuellen Herausforderungen meistern.

Daniel Probst, Direktor SOHK

INDUSTRIEPOLITIK

Klare Position der Wirtschaftsverbände

Die geplante staatliche Unterstützung für das Stahlwerk Gerlafingen stellt eine Grundsatzfrage der Wirtschaftspolitik: Soll der Staat einzelne Unternehmen mit Steuergeldern retten? Oder soll er stattdessen Rahmenbedingungen schaffen, von denen alle Betriebe gleichermassen profitieren? Die Solothurner Wirtschaftsverbände haben dazu eine klare Position bezogen – und diese widerspricht den Plänen der Regierung.

Text: Charlie Schmid | Fotos: CH Media/Hanspeter Bärtschi

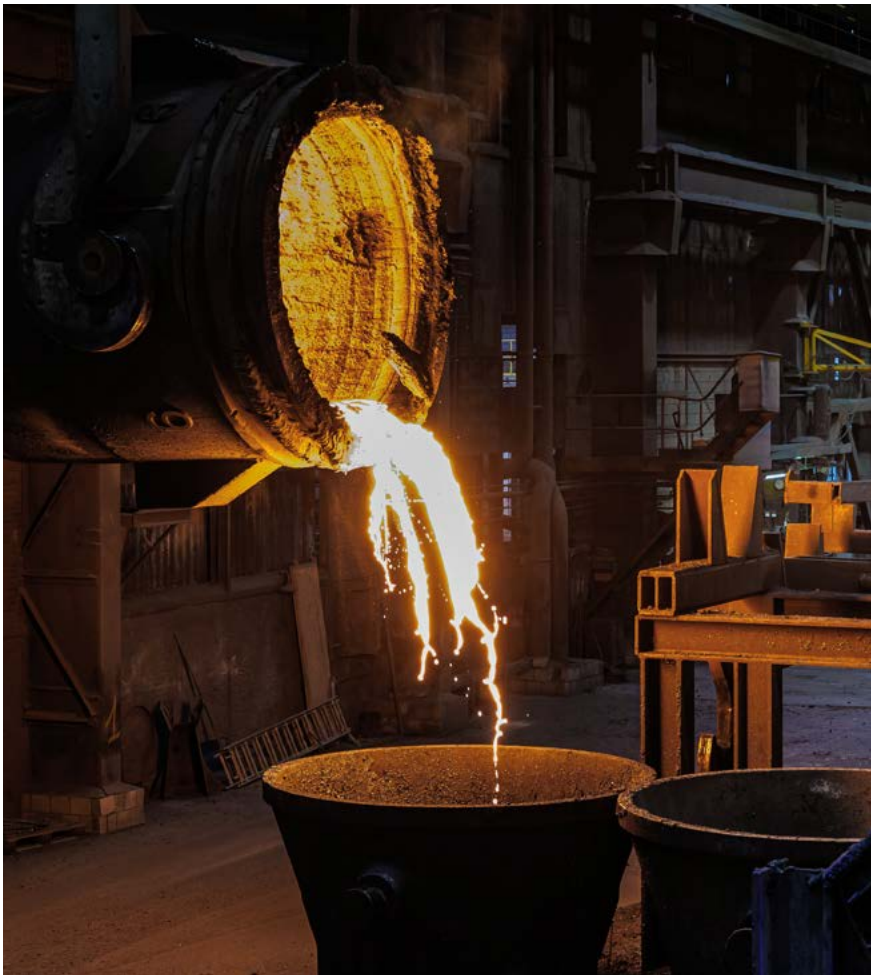
Der Regierungsrat des Kantons Solothurn beantragt beim Kantonsrat einen Verpflichtungskredit von knapp 4,6 Millionen Franken zur Unterstützung der Stahl Gerlafingen AG. Diese kantonale Beteiligung ist Voraussetzung dafür, dass das Unternehmen vom Bund eine Entlastung bei den Netznutzungsgebühren in Höhe von 9,2 Millionen Franken erhält. Insgesamt würde Stahl Gerlafingen damit rund 13,8 Millionen Franken staatliche Unterstützung für die Jahre 2025 und 2026 erhalten. Dazu kommen noch mindestens 25 Millionen Franken für den Kauf von über 100 000 Quadratmeter Land, welche die Regierung der Stahl Gerlafingen AG zu strategischen Zwecken abgekauft hat. Die vorberatenden Kommissionen sind sich uneins: Die Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission stimmte dem Anliegen zu, die Finanzkommission lehnte es jedoch ab. Für Spannung in der Novembersession des Solothurner Kantonsrats ist also gesorgt.

Deutliche Ablehnung durch die Handelskammer

Die Solothurner Handelskammer (SOHK) positioniert sich klar gegen diese Form der vertikalen Industriepolitik. In einer Smartvote-Umfrage anlässlich der Regierungs- und Kantonsratswahlen 2025 sprachen sich von 26 Vorstandsmitgliedern zwanzig Mitglieder klar gegen eine staatliche Unterstützung für das Stahlwerk aus, vier antworteten mit «eher Nein» und lediglich zwei Vorstandsmitglieder befürworteten die Massnahme. Das ist erstaunlich, denn Stahl Gerlafingen ist selbst Mitglied der SOHK. Gemäss Direktor Daniel Probst ist das kein Widerspruch, denn die SOHK vertritt den Grundsatz, «dass ein starker Wirtschaftsstandort optimale Rahmenbedingungen braucht, die allen Wirtschaftsteilnehmern gleichermassen zugutekommen. Gezielte staatliche Massnahmen für einzelne Branchen oder Unternehmen lehnt die Handelskammer hingegen grundsätzlich ab.» Der SOHK-Direktor ergänzt: «Selbstverständlich wünsche ich dem Unternehmen, dass es bald wieder auf einen wirtschaftlich erfolgreichen Kurs einschwenken kann.» Probst zählt die Bereiche auf, in denen die Handelskammer aktiv auf die Politik einwirkt: «Unser Verband setzt sich für Verbesserungen in den Bereichen Bildung und Fachkräfte, Infrastruktur, Energie und Umwelt, Steuern und Finanzen, Aussenhandel, Arbeitsmarkt und Soziales sowie Wettbewerb und Regulierung ein.» So könne die langfristige Wettbewerbsfähigkeit des gesamten Wirtschaftsstandorts gestärkt werden.

KGV warnt vor Präzedenzfall

Auch der KMU- und Gewerbeverband des Kantons Solothurn (KGV SO) steht den geplanten Subventionen äusserst kritisch gegenüber. Gemäss dem Positionspapier des KGV SO vom 24. September 2025 anerkennt der Verband zwar die Bedeutung des Stahlwerks Gerlafingen als Arbeitgeber und Auftraggeber für zahlreiche KMU in der Region, sieht aber grundlegende Probleme bei der direkten finanziellen Unterstützung eines einzelnen Unternehmens mit Steuergeldern. Aus Sicht des KGV SO liegt das Problem des Stahlwerks nicht primär in kurzfristig gestiegenen Energiekosten, sondern in der europäischen Wettbewerbssituation und den strukturellen Rahmenbedingungen der Branche. Der Verband hält direkte kantonale Millionenbeiträge zugunsten eines einzelnen Unternehmens für fragwürdig. Der Verband verweist in seiner Position dabei auf die tägliche Realität der KMU: «Unsere Gewerbetreibenden müssen täglich im Wettbewerb bestehen, regulatorische Auflagen und administrative Hürden schultern und Belastungen durch Projekte, Strassensperrungen oder Zölle tragen – ohne Anspruch auf staatliche Hilfe.» Fazit: Die Ungleichbehandlung zwischen grossen, subventionierten Betrieben und der breiten KMU-Landschaft wird von den Solothurner Wirtschaftsverbänden als fundamentales Problem der vorgeschlagenen Lösung gesehen. Vor diesem Hintergrund mutet es höchst befremdlich an, dass die staatliche Nothilfe für Stahl Gerlafingen auch von bürgerlichen Kreisen unterstützt wird.



Subventionierung ist abzulehnen
Es gibt viele stichhaltige Argumente, die gegen eine staatliche Finanzspritze sprechen. Aus Sicht der Wirtschaftsverbände lauten diese zusammengefasst:

1. **Fehlende Nachhaltigkeit der Massnahme:** Die kurzfristige finanzielle Unterstützung löst keine strukturellen Probleme. Sie ändert nichts an den internationalen Herausforderungen, den hohen Energiepreisen und den grundlegenden Wettbewerbsnachteilen. Der Effekt der Subvention ist daher fraglich und möglicherweise nur eine Verzögerung des Unvermeidlichen – aber auf dem finanziellen Buckel der Steuerzahler. Dies war im Übrigen auch die Begründung, für die ablehnende Haltung der kantonsrätlichen Finanzkommission.

2. **Wettbewerbsverzerrung und Fehlanreize:** Staatliche Unterstützung für einzelne Branchen oder Unternehmen untergräbt den fairen Wettbewerb. Andere Firmen, die sich in ähnlicher wirtschaftlicher Lage befinden, erhalten keine Hilfe. Dies ist ordnungspolitisch bedenklich und schafft einen gefährlichen Präzedenzfall für zukünftige Forderungen anderer Unternehmen.

3. **Prinzip der Eigenverantwortung:** Unternehmen müssen für ihre Geschäftsrisiken selbst aufkommen. Staatliche Regulierungen und Einschränkungen gehören zu einer umfassenden Risikobeurteilung. Eine staatliche Rettung schwächt den Anreiz zur Eigeninitiative und verantwortungsvollen Unternehmensführung.

Alternative Vorschläge der Wirtschaftsverbände
Statt Subventionen für einzelne Unternehmen fordern die Wirtschaftsverbände eine langfristige Verbesserung der Standortbedingungen für alle Betriebe. Der KGV SO fordert, dass Steuergelder in erster Linie Rahmenbedingungen verbessern sollen, von denen alle KMU im Kanton profitieren – zum Beispiel bei der Energieversorgung, Fachkräfteentwicklung, Ausbildung und Standortattraktivität. Daniel Probst seinerseits betont: «Statt einzelne Firmen zu subventionieren, sollten nach unserer Ansicht Umschulungen, Weiterbildung und Innovation gefördert werden. Dies würde nicht nur einem einzigen Unternehmen, sondern der gesamten Wirtschaft und den Arbeitnehmenden zugutekommen.»

Pro-Argumente wenig überzeugend
Die Argumente, die für den Unterstützungsbeitrag hinhalten müssen, überzeugen nicht. Eines davon ist der Erhalt der Versorgungssicherheit. Die Schweiz ist nämlich problemlos in der Lage, Stahl über internationale Märkte zuverlässig zu beschaffen. Die künstliche Aufrechterhaltung eines Unternehmens zum angeblichen Erhalt der Versorgungssicherheit ist wirtschaftlich ineffizient. Diversifizierte Handelsbeziehungen böten mehr Sicherheit als staatliche Subventionen.

Ferner wird immer wieder auf die Klimafreundlichkeit des in Gerlafingen produzierten Stahls hingewiesen. Dazu ist anzumerken, dass der Umweltaspekt zwar wichtig ist. Doch Stahlimporte führen nicht automatisch zu Mehrverkehr, da sie insbesondere aus nahen EU-Regionen oft per Bahn erfolgen. Zudem ist es nicht nachhaltig, klimapolitische Ziele mit Subventionen an ein nicht wettbewerbsfähiges Unternehmen durchzusetzen.

Sicherung von Arbeitsplätzen ist kurzfristig gedacht
Für Politiker aus der betroffenen Region Wasseramt dürfte in erster Linie das Argument der Sicherung von Arbeitsplätzen von Belang sein. Jedoch: Staatliche Unternehmensstützung ist kein nachhaltiges Arbeitsmarktinstrument. Auch der Hinweis auf den Erhalt der Lehrlingsausbildung zielt vor diesem Hintergrund ins Leere: Wie viele Unternehmen bilden Lehrlinge aus, ohne dafür Subventionen zu erhalten? Die Berufsausbildung kann kein hinreichender Grund für Sonderbehandlungen einzelner Betriebe sein. Im Gegenteil: Der notwendi-

ge Strukturwandel wird so verzögert und macht diesen in Zukunft noch schwieriger. Der KGV SO formuliert seine Position besonders deutlich: «Statt Millionenhilfen für einzelne Unternehmen braucht es den Mut, den Strukturwandel zuzulassen und gleichzeitig Rahmenbedingungen zu schaffen, die allen Betrieben zugutekommen. Staatliche Unterstützung darf diesen Wandel nicht künstlich verzögern.»

Schliesslich: Nur weil andere Länder Marktverzerrung betreiben, muss die Schweiz dieses Spiel nicht auch mitspielen. Die Stärke des Schweizer Wirtschaftsmodells liegt ja eben gerade in marktwirtschaftlichen Prinzipien, stabilen Rahmenbedingungen und Innovationskraft – und nicht im Staatsinterventionismus. So schmerzhaft es ist: Strukturwandel gehört zur freien Marktwirtschaft. Unternehmen, die im Wettbewerb nicht mehr bestehen können, müssen Platz machen für neue, innovative und wettbewerbsfähige Betriebe. Staatliche Intervention verzögert diesen notwendigen Prozess nur und bindet Ressourcen, die anderswo produktiver eingesetzt werden könnten.

So schmerzhaft es ist: Strukturwandel gehört zur freien Marktwirtschaft.

Bringt die Unterstützung überhaupt etwas?

Im Gespräch mit der Solothurner Zeitung vom 11. Oktober 2025 hält Alain Creteur, CEO von Stahl Gerlafingen, fest, dass es beim Unterstützungsbeitrag von 13,8 Millionen Franken nicht nur ums Geld, sondern auch darum gehe, «ein Zeichen zu setzen, dass die Schweiz an ihre Industrie glaubt.» In Anbetracht dessen, dass der Betriebsverlust letztes Jahr ungefähr vierzig Millionen Franken betragen hat, ist man geneigt, von einem Tropfen auf den heissen Stein zu sprechen. Ein Tropfen jedoch, der für die Steuerzahler happig ausfallen würde. Selbst wenn der Kantonsrat zustimmt, kann immer noch via Referendum ein Volksentscheid herbeigeführt werden. Dass die Solothurner Bevölkerung aufgrund der schlechten Finanzlage des Kantons gegenüber zusätzlichen Staatsausgaben aktuell eher kritisch eingestellt ist, zeigen die letzten Abstimmungsresultate.

Politik und Wirtschaft sind sich uneins

Die klare Ablehnung durch die Wirtschaftsverbände steht im Kontrast zur breiten politischen Unterstützung im Kantonsrat, die möglicherweise aber auch im Zusammenhang mit den kantonalen Wahlen im vergangenen Frühling zu sehen war. Im Dezember 2024 hiess der Kantonsrat zwei dringliche Aufträge zur Rettung des Stahlwerks mit überwältigenden Mehrheiten gut (83 bzw. 81 Ja-Stimmen bei jeweils nur 7 Nein-Stimmen). Daraus schloss der Regierungsrat, dass der politische Wille zur finanziellen Unterstützung gegeben sei.

Diese Diskrepanz zwischen der wirtschaftlichen und der politischen Perspektive zeigt die Komplexität des Themas: Während die Politik die kurzfristige Arbeitsplatzerhaltung und regionale Wertschöpfung in den Vordergrund stellt, argumentieren die Wirtschaftsverbände aus einer langfristigen, ordnungspolitischen Perspektive.

Fazit – kein gefährlicher Präzedenzfall

Die Positionen der Solothurner Wirtschaftsverbände zur Subventionierung von Stahl Gerlafingen sind eindeutig: Sie lehnen vertikale Industriepolitik und direkte finanzielle Unterstützung einzelner Unternehmen ab. Stattdessen fordern sie eine konsequente Verbesserung der Rahmenbedingungen für alle Betriebe und den Mut, notwendigen Strukturwandel zuzulassen.

Die Verbände sehen in den geplanten Subventionen nicht nur eine fragwürdige Ungleichbehandlung, sondern auch einen gefährlichen Präzedenzfall. Ihre Kernbotschaft lautet: Nur verlässliche, faire Rahmenbedingungen – nicht Einzelfallhilfen – können die langfristige Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Solothurn sichern. ■

HERBSTANLASS KGV SO

Der persönliche Austausch ist und bleibt das Wichtigste

Rund 120 Gäste trafen sich am Herbstanlass des KGV SO in Hägendorf. In der Abbundhalle der Peter Studer Holzbau AG diskutierten Politik, Wirtschaft und Verbände über die Rolle der KMU und die Zukunft der Gewerbevereine. Neben spannenden Inputs prägten vor allem persönliche Begegnungen und lebendige Gespräche den Abend.

Text: Sarah Koch | Fotos: Ela Schaich

Der diesjährige Herbstanlass des KMU- und Gewerbeverbands Kanton Solothurn führte Gäste aus dem ganzen Kanton nach Hägendorf in die Abbundhalle der Peter Studer Holzbau AG. Für mich war es der erste Herbstanlass als Geschäftsführerin – und ein besonders gelungener Auftakt in einem Betrieb, der sinnbildlich für handwerkliche Qualität und regionale Verankerung steht. Die Zimmerei wird bereits in der fünften Generation geführt und ist seit 1952 am Standort im Untergäu zu Hause.

Unser neuer Präsident Stefan Blaser betonte in seiner Begrüssung die zentrale Rolle der KMU als Rückgrat unserer Wirtschaft. Sichtbarkeit, politische Interessenvertretung und praxisnahe Dienstleistungen sollen deshalb im Zentrum der neuen KGV SO-Strategie für die Jahre 2026 bis 2030 stehen. «Der KGV SO muss wieder lauter werden», so Blaser.

Auch für Volkswirtschaftsdirektorin Sibylle Jeker war es ein besonderer Abend – ihr erster Auftritt in dieser Funktion vor den Solothurner Gewerblerinnen und Gewerblern. Sie würdigte die KMU für ihren Durchhaltewillen in anspruchsvollen Zeiten und erinnerte daran, dass Wandel zum Alltag gehört: «Nur wenn wir Hürden abbauen, können Verwaltung und Wirtschaft gemeinsam erfolgreich sein.» Gewerbeverbände schätzte sie als Brückenbauer, die die Anliegen aus Werkstätten, Ateliers und Büros aufnehmen und in die politischen Prozesse tragen.

Die Podiumsdiskussion machte die Vielfalt der Verbandsarbeit sichtbar. Urs Furrer, Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbands, unterstrich die politische Schlagkraft: «Wir bündeln die Meinungen unserer Mitglieder und verschaffen ihnen Gehör in Bern.» Nationalrat Christian Imark gewährte einen Einblick in den Alltag im Bundeshaus: «Wir werden mit Informationen überflutet – um wahrgenommen zu werden, muss man manchmal laut und frech sein.» Gastgeberin und Präsidentin des Gewerbevereins Hägendorf-Kappel Felicia Studer brachte die lokale Dimension auf den Punkt: «Unser Hauptzweck ist, dass sich die Unternehmen kennen und sich gegenseitig Aufträge geben.»

Der Duft des traditionellen Herbstanlass-Fleischkäses der Metzgerei Fischer aus Langendorf, ein Glas Wein vom Weingut Schlössli in Schafis in der Hand oder ein Drei Tannen Bier aus Olten zum Anstossen – diese Mischung aus Genuss und Geselligkeit liess den Abend in entspannter Atmosphäre ausklingen und bot den perfekten Rahmen für angeregte Gespräche. Genau diese persönlichen Begegnungen tragen unser Verbandsleben – so wie Hans

Das Podium: Felicia Thalmann-Studer, Susanne Sahli, Alex Miescher, Urs Furrer, Chrstian Imark

Lichtsteiner in seinem Resümee festhielt: «Am Ende zählt der persönliche Kontakt. Er ist und bleibt das Fundament unserer Verbandsarbeit» (s. auch Interview mit Hans Lichtsteiner auf den Seiten 10 und 11 in dieser Ausgabe).

Der Herbstanlass 2025 hat dies eindrücklich bestätigt: Gewerbeverbände sind nicht nur politische Stimme und Interessensvertreter, sondern vor allem Plattform für echten Austausch und gelebte Solidarität.

Ehrenmitglieder KGV SO: Martin Vogel und Paul Meier

KMU Frauen (v.l.): Katinka Voramwald-Schneiter, Maler Katinka GmbH, Anita Gerster, Kandis Fotografie, Barbara Galli, Galli Immo AG, Sylvia Leisi, SYAL GmbH, Petra Müller, Andreas Müller Umgebungen, Regierungsrätin Sibylle Jeker, Gabriela Bauer, ZB-Laser AG, Diana Stärkle, Gemeinderätin Egerkingen und Kantonsrätin, Bernadette Gasche, Gasche Advokatur

Vorstand KGV SO (v.l.): Stefan Blaser, Reto Schoch, Sabrina Weisskopf, Bernadette Gasche, Sylvia Leisi, Philippe Ruf, Andreas Walther

v. l.: Patrik Fürst, Gewerbeverein Hägendorf-Kappel, Sarah Koch, Geschäftsführerin KGV SO, Dominic Roppel, Tankrevisionen Roppel AG

Stefan Blaser. Präsident KGV SO

Anzeige

Beim Neubau des RBS-Bahnhofs in Bern überzeugt QUANTUM nicht nur durch seine umwelt-freundlichen Aspekte, sondern auch mit den einzigartigen technischen Eigenschaften.

QUANTUM-Compound ist der erste und einzige zertifizierte sowie offiziell freigegebene Betonzusatzstoff seiner Art!

EINE NACHHALTIGE BETONBAUWEISE MIT **QUANTUM-COMPOUND**

Der **Baustoffpark Walliswil** hat Betone mit einem enorm verbesserten Umweltprofil entwickelt. So kann er heute Betone (inkl. SVB) mit einem bis zu 140 kg/m³ tieferen Zementanteil – bei vergleichbaren Eigenschaften zu den herkömmlichen Betonen – anbieten. Damit wird der CO_2-Fussabruck um bis zu 60 kg/m³ sowie die graue Energie bzw. die Umweltbelastungs-punkte der QUANTUM-Betone signifikant reduziert.

BAUSTOFF PARK Walliswil

QUANTUM

Baustoffpark Walliswil
Dorfstrasse 28, 3380 Walliswil b.N.
Telefon +41 32 631 19 35
info@baustoffpark.ch
www.baustoffpark.ch

ZUKUNFT DER VERBÄNDE

«Erfolge müssen kommuniziert werden»

Hauptthemen am Herbstanlass des KGV SO waren die Rolle der KMU und die Zukunft der Gewerbevereine. Hans Lichtsteiner war als Experte auf der Bühne und hat den rund 120 Gästen in seinem Impulsreferat wichtige Denkanstösse zu Sinn und Zweck von Verbandsstrukturen mit auf den Weg gegeben. Wirtschaftsflash hat mit Lichtsteiner über müde Verbände, die Existenzberechtigung eines Dachverbands wie des KGV SO und über punktuelle Kommunikation gesprochen.

Interview: Christian Fluri | Foto: Ela Schaich

Viele Verbände kämpfen mit schwindenden Mitgliederzahlen oder finden kein Rezept, um noch eine gewichtige Stimme abzugeben. Stellen Sie eine allgemeine Verbandsmüdigkeit fest?

Ich würde nicht von Verbandsmüdigkeit sprechen. Die angesprochenen Probleme betreffen vor allem die klassischen, traditionellen Verbände, die noch heute nach altem Muster funktionieren. Es geht also eher um müde Verbände als um Verbandsmüdigkeit.

Was machen dann erfolgreiche Verbände besser?

Wenn ein Verband zeitgemäss aufgestellt ist, schnell reagieren kann, seinen Mitgliedern einen einfachen Zugang zu Informationen und Vernetzungsmöglichkeiten zu spannenden Leuten und Firmen bieten kann, sind die Mitglieder auch bereit, Zeit für den Verband aufzuwenden und sich das zu holen, was sie brauchen. Das haben auch unsere Untersuchungen gezeigt.

Es geht also um Qualität?

Das ist der zentrale Punkt, um den sich alles dreht, richtig.

Ein Verband steht auch für Zusammenhalt und gemeinsame Interessen, die es zu vertreten und zu verteidigen gilt. Dennoch klagen viele Verbände über Probleme, ihre Mitglieder bei der Stange zu halten oder Neumitglieder zu gewinnen. Geht es uns einfach zu gut?

Ich glaube nicht, dass es uns zu gut geht. Die Bereitschaft, Zeit aufzuwenden, nimmt grundsätzlich ab. Das heisst für die Verbände zweierlei: Erstens kommen die Leute viel punktueller auf den Verband zu – und zwar dann, wenn sie etwas Konkretes brauchen. Zweitens sind sich die Mitglieder sehr wohl bewusst, dass ihr Verband eine wichtige Rolle hat. Solange der Verband diese Rolle gut einnimmt, gibt es nur bedingt eine Motivation für die Mitglieder, sich aktiv einzuschalten oder sich zu engagieren. Eine fehlende Beteiligung kann also auch ein Signal sein, dass die Mitglieder das Gefühl haben, es laufe gut.

Welche Rolle spielen denn die Mitgliederbeiträge?

Das ist ebenfalls ein wichtiger Punkt. Hier geht es einerseits um die Zahlungsbereitschaft der Organisationen und Firmen. Andererseits sehen wir immer mehr Konsolidierungen in den Branchen. Das heisst: Es gibt beispielsweise aufgrund von Fusionen oder Übernahmen weniger zahlende Mitglieder. Und diejenigen, die noch bezahlen, stellen sich zunehmend die Kosten-Nutzen-Frage.

Sie sprechen Konsolidierungen an. Sind Fusionen für kleine Verbände das Gebot der Stunde? Ist das Schaffen von grösseren Strukturen im Verbandswesen sinnvoll?

Unbedingt! Nehmen wir das Beispiel von lokalen Gewerbevereinen: Die gesamte

ZUR PERSON

Hans Lichtsteiner ist Mitgründer und Partner der «verbandsberatung.ch ag». Er hat zehn Jahre Führungserfahrung in diversen Nonprofit-Organisationen auf Stufe Geschäftsleitung und war während zwölf Jahren Geschäftsführer und Direktor Weiterbildung des Instituts für Verbands-, Stiftungs- und Genossenschaftsmanagement der Universität Fribourg. Als Titularprofessor der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Fribourg hält er Vorlesungen auf Masterstufe zum Thema Management von Nonprofit-Organisationen und ist Mitautor verschiedener Standardwerke zum Management von Nonprofit-Organisationen.

Wirtschaft spielt sich nicht mehr kleinräumig, also in den Grenzen eines Dorfes, ab. Weiter halten sich auch Probleme, wie z. B. das Bereitstellen von Gewerberäumen, selten an Gemeindegrenzen. Es ist also nichts als logisch, dass sich auch die Verbandsstrukturen an die vermehrt überregional gelagerten Problemstellungen anpassen.

Der KGV SO ist ein klassischer Dachverband. Welchen Sinn haben solche Gebilde mit einer heterogenen Mitgliederstruktur Ihrer Meinung nach?

Bei allen Themen, die kantonal geregelt sind, hat der KGV SO eine grosse Existenzberechtigung. Es ist immer sinnvoll, sich auf kantonaler Ebene zusammenzuschliessen und damit organisiert der Verwaltung und der Politik gegenüberzutreten. Nur so können die Meinungen konsolidiert, gebündelt und schliesslich auch von einer politisch relevanten Anzahl an Personen oder Firmen vorgebracht werden. Das ist entscheidend.

Die Podiumsdiskussion am Herbstanlass des KGV SO (s. Seite 7 bis 9 in dieser Ausgabe) drehte sich auch um das erfolgreiche Wirken des Bauernverbands. Was machen die Bäuerinnen und Bauern besser als die Gewerblerinnen und Gewerbler?

Den Hauptgrund sehe ich darin, dass die Solidarität unter den Mitgliedern des Bauernverbandes viel höher ist als unter den Gewerbetreibenden. Das sage ich aus meiner persönlichen Erfahrung. Weiter stelle ich in der Landwirtschaft eine prinzipielle Haltung fest, die in kaum einem anderen Verband so stark ausgeprägt ist: Man will Rahmenbedingungen haben, in denen alle als Unternehmer über ihre Produktion ihren Lebensunterhalt verdienen können.

Das müsste aber eigentlich das Interesse aller Gewerbetreibenden sein …

Natürlich. Aber die Landwirtschaft ist viel homogener und spricht oft mit einer Stimme. Ein Gewerbeverband ist primär für die unternehmerischen Rahmenbedingungen zuständig. Jeder und jede Gewerbetreibende ist auf gute Rahmenbedingungen angewiesen. Die Zufahrt zum Geschäftslokal ist beispielsweise für alle Gewerbetreibenden wichtig, aber nicht zur gleichen Tageszeit. Den Tag durch möchten die einen eine hohe Kundenfrequenz, die anderen Ruhe, damit der Gast draussen seinen Kaffee trinken kann. Sachliche und fachliche Inhalte laufen oft parallel und in unterschiedliche Richtungen – und zwar über die Berufs- oder Branchenverbände. Der Bauernverband ist genau genommen ein Branchenverband, der sich aber durch die grosse Solidarität unter seinen Mitgliedern immer wieder gut positionieren und auch entsprechende Erfolge verbuchen kann.

Das bringt uns zu einem Problem, das der Bauernverband nicht hat: Viele Verbände haben offensichtlich Mühe, ihre tägliche Arbeit verständlich zu kommunizieren. Das ist einem Mitgliederzuwachs sicher nicht förderlich, oder?

Erfolge müssen unbedingt kommuniziert werden. Das macht, um dieses Beispiel wieder aufzunehmen, der Bauernverband hervorragend. Alle wollen prinzipiell zu einem «winning team» gehören. Wenn eine Organisation sichtbar Erfolg hat, ist die Bereitschaft, sich mit ihr zu identifizieren und zu solidarisieren, viel grösser als wenn problemzentriert kommuniziert wird. Dann nehmen nämlich die Identifikation und damit die Teilnahmebereitschaft ab. Viele Verbände müssten hier ihre Argumentationslinien überarbeiten.

Was macht denn gute Verbandskommunikation aus?

Verbände hatten lange das Kommunikationsmonopol: Sie hatten die Adressen der Branchenangehörigen und sie hatten das Papier, um die Informationen zu transportieren. Viele Verbände verharren noch in dieser Logik. Dabei ist das schon lange vorbei. Heute kann jeder fast jeden erreichen. Das heisst, dass die Kommunikation heute eine andere Form haben muss: Schneller, kürzer, mehr auf den Punkt gebracht.

Was heisst das für die Botschaften?

Die Botschaft muss sein: «Das ist aktuell. Wir haben dazu Informationen. Wenn man mehr dazu wissen will, finden sich die Informationen hier.» Man muss also seinem Gegenüber nicht die volle Ladung an Informationen übermitteln. Vielmehr muss das Interesse geweckt werden. Wenn die Empfängerinnen und Empfänger Zeit haben und/oder das Thema für sie aktuell wird, holen sie sich die Infos dann schon beim Verband.

Zum Schluss noch ein Abstecher in die Berufsbildung: Welche Rolle kann und soll hier ein kantonaler Verband wie der KGV SO übernehmen oder ausbauen?

Grundsätzlich sind bei der Berufsbildung die Berufsverbände im Lead. Die Frage, ob es sich noch rentiert, Lehrlinge auszubilden oder ob es nicht günstiger sei, ausgebildete Fachkräfte nach der Ausbildung mit hohen Salären abzuwerben, sorgt in vielen Branchen für grosse Spannungen. Hier kann der KGV SO eine wichtige Rolle übernehmen resp. ausbauen, indem er mit den ausbildenden Firmen eng zusammenarbeitet und so die Solidarität fördert. Beispielsweise können die Akteure gemeinsam darauf hinarbeiten, dass die Lehrlingsausbildung ein Vergabekriterium bei Aufträgen wird, wie es teilweise in der Bauwirtschaft bereits der Fall ist. ■

Wirtschaftsverbände schlagen Alarm

Die grossen Dachverbände der Schweizer Wirtschaft haben in den letzten Wochen eindringlich vor einer schleichenden Erosion des Wirtschaftsstandorts Schweiz gewarnt. economiesuisse, der Schweizerische Gewerbeverband (sgv) und Swissmem fordern rasche Massnahmen gegen Überregulierung, hohe Energiepreise und internationale Handelskonflikte. Auch im Kanton Solothurn stossen die Appelle auf offene Ohren. Dort liegen bereits konkrete Vorschläge für Entlastungen auf dem Tisch.

Text: Daniel Probst | Illustration: zvg

Die Schweizer Wirtschaft steht derzeit vor einem schwierigen Umfeld. Hohe Energiepreise, steigende Regulierungskosten und internationale Unsicherheiten setzen den Unternehmen zu. Besonders die US-Zölle von bis zu 39 Prozent auf Schweizer Produkte treffen viele exportorientierte Betriebe hart. Vor diesem Hintergrund haben die grossen Wirtschaftsverbände ihre Forderungen an Politik und Verwaltung formuliert. Sie verlangen Entlastung, mehr Freiraum und weniger Bürokratie. Kurz: eine Rückkehr zu den Stärken, die die Schweiz erfolgreich gemacht haben.

Economiesuisse: Ein «wake-up call» an die Politik

economiesuisse spricht von einem «Weckruf für die Schweizer Politik». Wenn Bund und Kantone nicht bald gegensteuern, drohe der Schweiz ein schleichender Verlust an Wettbewerbsfähigkeit, heisst es in ihrem Papier. Die Organisation fordert ein Entlastungsprogramm, das über die Ressorts hinweg wirksam ist und auf Pragmatismus statt auf neue Bürokratie setzt.

Im Zentrum steht die Forderung nach einer konsequenten Ausgabendisziplin. Der Bund solle seine Kernaufgaben wieder stärker in den Vordergrund rücken und die wachsenden Staatsausgaben eindämmen. Gleichzeitig müsse die Regulierungspolitik auf den Prüfstand. Ein sogenannter «Swiss Omnibus» solle dafür sorgen, dass neue Vorschriften, die Unternehmen und Verwaltung zusätzlich belasten, gestoppt oder verschoben werden, bis ihre Folgen klar sind.

Auch beim Aussenhandel sieht economiesuisse Handlungsbedarf. Die Schweiz müsse neue Freihandelsabkommen mit wichtigen Partnern wie Indien, Thailand oder den Mercosur-Staaten abschliessen und das Stromabkommen mit der EU rasch unter Dach und Fach bringen.

Der Verband betont zudem, dass Produktivität und Innovationskraft die besten Antworten auf den Fachkräftemangel seien. Die Wirtschaft brauche dafür verlässliche Rahmenbedingungen, technologieoffene Politik und eine sichere, bezahlbare Energieversorgung. Der Weckruf aus Zürich ist deutlich: weniger staatliche Eingriffe, mehr Eigenverantwortung.

Gewerbeverband: ohne KMU keine Schweiz

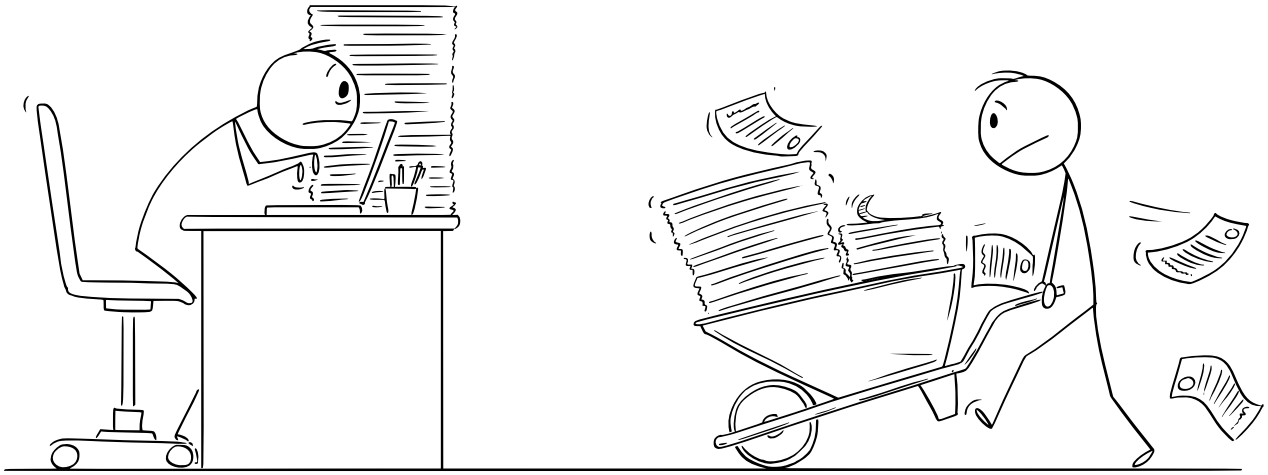
Auch der Schweizerische Gewerbeverband sieht dringenden Handlungsbedarf. Unter dem Titel «Ohne KMU keine Schweiz – jetzt handeln!» fordert der sgv ein nationales Entlastungs- und Revitalisierungsprogramm für die kleinen und mittleren Unternehmen, die rund zwei Drittel aller Arbeitsplätze im Land stellen.

Die Petition verlangt weniger Vorschriften, tiefere Abgaben und ein flexibleres Arbeitsrecht, das es KMU erlaubt, schneller auf veränderte Rahmenbedingungen zu reagieren. Gleichzeitig müsse der Staat seine Aufgaben effizienter wahrnehmen und auf neue Belastungen verzichten. Der Aussenhandel solle weiter diversifiziert werden, um die Abhängigkeit von einzelnen Märkten zu verringern.

Für den Gewerbeverband ist klar: Die KMU sind das Rückgrat der Schweiz. Ohne sie verliert das Land seine wirtschaftliche Basis. Präsident Fabio Regazzi spricht von einer besorgniserregenden Entwicklung, die jetzt gestoppt werden müsse. Besonders die exportorientierten Betriebe, die ihre Produktion nicht ins Ausland verlagern können, stünden unter Druck. Der sgv fordert daher eine «Politik mit Bodenhaftung», die den Unternehmen wieder Luft zum Atmen gibt.

Swissmem: US-Zollhammer bedroht Industrie und Arbeitsplätze

Am deutlichsten äussert sich die Industrieorganisation Swissmem. Sie warnt vor den Folgen der neuen US-Zölle, die zentrale Branchen wie Maschinenbau, Medizinal-



Die Wirtschaftsverbände fordern auf breiter Front u. a. Massnahmen gegen Überregulierung.

technik und Uhrenindustrie hart treffen. Diese Sektoren stehen exemplarisch für die Innovationskraft der Schweiz – und für ihre Abhängigkeit von offenen Märkten.
Swissmem fordert vom Bundesrat eine diplomatische Initiative zur Aufhebung oder Minderung der Zölle. Gleichzeitig brauche es kurzfristige Unterstützungen für besonders betroffene KMU, etwa über Bürgschaften oder Steuererleichterungen. Nur so lasse sich verhindern, dass Arbeitsplätze und Wertschöpfung ins Ausland abwandern. economiesuisse und der Arbeitgeberverband unterstützen diese Forderungen ausdrücklich. Sie alle erinnern daran, dass die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz kein Selbstläufer ist, sondern täglich neu erarbeitet werden muss.

Auch im Kanton Solothurn wächst der Druck

Die wirtschaftlichen Spannungen sind längst auch im Kanton Solothurn angekommen. Viele Unternehmen spüren die internationalen Entwicklungen unmittelbar, sei es über steigende Energiekosten, aufwendige Bewilligungsverfahren oder zunehmende Regulierungen.

Die Parlamentarische Gruppe Wirtschaft + Gewerbe des Kantonsrats befasst sich derzeit mit möglichen Ansätzen, wie die Rahmenbedingungen für die Unternehmen verbessert werden könnten. Diskutiert werden dabei Ideen, die an die nationalen Forderungen der Dachverbände anknüpfen. Diskutiert wird etwa ein kantonales Regulierungsmoratorium, damit neue Belastungen für Betriebe nur dann eingeführt werden, wenn sie tatsächlich notwendig sind. Ebenfalls im Raum steht die Idee eines Entlastungs- und Vitalisierungsprogramms, das auf beschleunigte Verfahren und die Beseitigung des sogenannten «Solothurner Finish» bei Bewilligungen abzielen würde.

Auch die Digitalisierung der Verwaltung gilt als mögliches Handlungsfeld, um Abläufe einfacher, transparenter und KMU-tauglicher zu gestalten. Zudem wird darüber nachgedacht, wie die Anerkennung ausländischer Diplome vereinfacht und die duale Berufsbildung gezielt gestärkt werden könnte, damit genügend Nachwuchs ausgebildet werden kann.

«Solche Massnahmen könnten unseren KMU Luft geben, um zu investieren und Arbeitsplätze langfristig zu sichern», heisst es aus der Arbeitsgruppe

Diskussion im Kantonsrat nimmt Fahrt auf

Dass die wirtschaftlichen Themen auch im Kantonsrat angekommen sind, zeigte sich in der Septembersession 2025. Dort wurde von der SVP-Fraktion ein dringlicher Auftrag eingereicht, der den Regierungsrat beauftragen wollte, ein umfassendes Massnahmenpaket zur Entlastung und Stärkung der Solothurner Wirtschaft zu prüfen. Das notwendige Quorum für die Dringlichkeit wurde jedoch nicht erreicht.

Der Antrag fand Unterstützung bei mehreren Fraktionen, darunter der FDP und der GLP, erhielt aber insgesamt zu wenig Stimmen, um sofort behandelt zu werden. Inhaltlich deckte sich der Vorschlag weitgehend mit Forderungen, die auch in der Parlamentarischen Gruppe Wirtschaft + Gewerbe diskutiert werden.

Trotz der Ablehnung zur Dringlichkeit machte die Debatte deutlich, dass das Thema parteiübergreifend an Bedeutung gewinnt. Mehrere Fraktionen signalisierten, dass sie an einer breiteren Diskussion über mögliche Entlastungsmassnahmen für die kantonale Wirtschaft interessiert sind. ■

Anzeige

Modernisierung im Stau: Warum der 5G-Ausbau stockt

Ob mit Twint bezahlen, den Zugfahrplan nochmals checken oder einfach die Mails lesen: Die Digitalisierung schreitet unaufhaltsam voran, und mit ihr wächst der Bedarf nach stabilem Netz. In der gesamten Schweiz, so auch im Kanton Solothurn, steigt die Anzahl mobiler Geräte wie Handys, Tablets oder Laptops – und damit auch der Datenverkehr. Um diesem Bedarf gerecht zu werden und Netzüberlastungen sowie Funklöcher zu vermeiden, ist der Modernisierungsschritt auf 5G unerlässlich.

Text: Linda von Burg, CHANCE5G-Projektleiterin | Grafik: zvg

Doch der Ausbau der Mobilfunkinfrastruktur ist – nicht nur im Kanton Solothurn, sondern schweizweit – ins Stocken geraten. Mehrere Bundesgerichtsurteile bremsen eine rasche Modernisierung aus und gefährden sogar den Unterhalt bestehender Antennenanlagen. Obwohl ein neulicher Bundesgerichtsentscheid die Rechtmässigkeit von sogenannten adaptiven 5G-Antennen (siehe Box) bestätigt hat und auch klarstellt, dass der Schutz vor nichtionisierender Strahlung unverändert gewährleistet ist, führen frühere Entscheide aus Lausanne zu viel administrativem Aufwand.

So sind beispielsweise ein Ersatz defekter Antennen oder geringfügige, nicht strahlungsrelevante Unterhaltsarbeiten nur noch mit nochmaliger Baubewilligung möglich. Die Folge: Zahlreiche geplante Antennenprojekte – auch im Solothurnischen – müssen neu beurteilt oder sistiert werden. Das kostet viel Geld und Zeit. Und bedeutet auch für die Behörden einen Mehraufwand.

Chancen und Herausforderungen von 5G

Technisch bietet 5G gegenüber dem bisherigen 4G-Netz zahlreiche Vorteile: höhere Datenraten, geringere Latenzzeiten und die Möglichkeit, deutlich mehr Geräte gleichzeitig zu verbinden. Dies ist insbesondere für Zukunftstechnologien wie autonomes Fahren oder Smart Cities von zentraler Bedeutung.

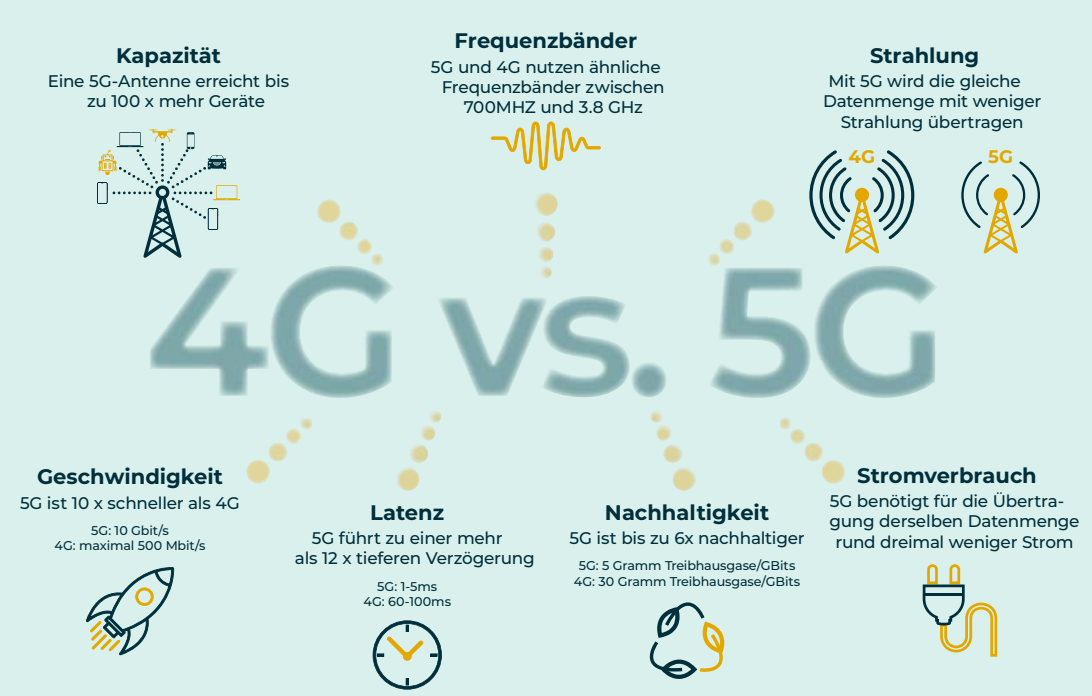
Gleichzeitig bleiben vereinzelt Bedenken um mögliche gesundheitliche Auswirkungen bestehen. Ein wichtiger Input zur Debatte kommt vom Bundesamt für Umwelt (BAFU): Das aktuelle Monitoring zur Belastung durch nichtionisierende Strahlung (NIS) zeigt einmal mehr, dass die gemessenen Werte in der Schweiz deutlich unterhalb der gesetzlichen Grenzwerte liegen. Die Messungen ergaben, dass die tatsächliche Belastung typischerweise weniger als 1 V/m beträgt. Der gesetzliche Grenzwert liegt bei 50 V/m, im Innenbereich bei 5 V/m.

Diese Ergebnisse bestätigen, dass die tatsächliche Strahlenbelastung durch Mobilfunkanlagen weit unter dem liegt, was gesetzlich erlaubt ist. Das Monitoring zeigt zudem, dass die Einführung adaptiver Antennen nicht zu einer generellen Erhöhung der Belastung geführt hat. Im Gegenteil:

WAS SIND ADAPTIVE ANTENNEN?

Adaptive Antennen, oft fälschlicherweise 5G-Antennen genannt, übertragen Signale zielgerichtet zu aktiven Endgeräten wie Smartphones, Tablets und Laptops. Strahlung fällt nur dann an, wenn Daten gesendet werden. Und fokussiert dort, wo ein Gerät die Daten benötigt. Die Antennen sind also in der Lage, ihre Sendeleistung und Signale – immer innerhalb der vorgeschriebenen Grenzwerte – anzupassen oder eben: adaptiv auszusenden. Dank diesen Eigenschaften sinkt die Strahlenbelastung überall dort, wo sich kein aktives Gerät befindet, was die Gesamtimmissionen deutlich reduziert.

Bei konventionellen, älteren Mobilfunkantennen wird im Gegensatz dazu ein bestimmtes Gebiet mit gleichbleibender Signalstärke abgedeckt, unabhängig davon, ob sich Nutzerinnen und Nutzer in diesem Bereich befinden. Bei den adaptiven Antennen sind Personen, welche keine Funkverbindung nutzen, entsprechend weniger Strahlung ausgesetzt.



Vielmehr bleibt die Exposition stabil auf sehr niedrigem Niveau. Ein sich jedes Jahr wiederholendes Verdikt.

Wie weiter im Kanton Solothurn?
Nach den Bundesgerichtsurteilen ist klar: Die Modernisierung auf 5G wird sich verzögern, nicht nur, aber auch im Kanton Solothurn. Die Mobilfunkanbieter müssen ihre Gesuche überarbeiten, die Behörden haben mehr Aufwand. Gleichzeitig wächst der Druck aus Wirtschaft und Bevölkerung, die digitale Infrastruktur zu verbessern.

Der Ausbau des 5G-Netzes im Kanton Solothurn steht exemplarisch für die Herausforderungen einer modernen Infrastrukturpolitik: zwischen technologischem Fortschritt, gesundheitlicher Vorsorge und juristischer Präzision. Das Bundesgericht hat mit seinen Urteilen einen Rahmen gesetzt – nun liegt es an Politik, Verwaltung und Gesellschaft, diesen Rahmen zukunftsgerichtet weiterzuentwickeln – und hoffentlich die Verlangsamung zu beheben. Es ist nicht zuletzt für den Wirtschaftsstandort Kanton Solothurn wichtig, taugliche Rahmenbedingungen zu haben und eine stabile Verbindung sicherzustellen. ■

Anzeige

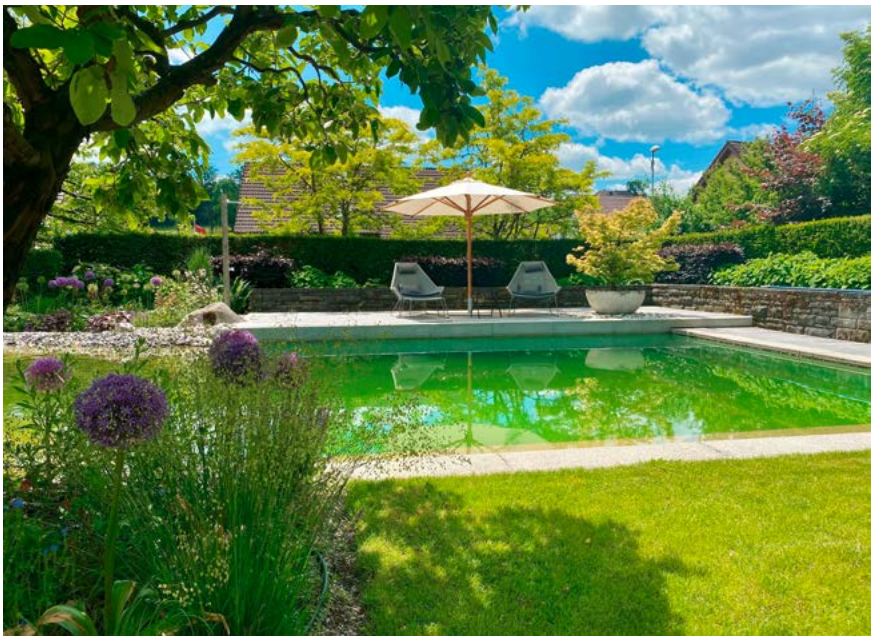
SERIE

«Bei uns kann man sich nicht verstecken»

Lange war Gartenbau auch ein Lifestyle-Produkt. Heute präsentieren sich die Branche und damit ihr Verband JardinSuisse wesentlich breiter und abwechslungsreicher. Klimawandel, Biodiversität oder die Priorität von einheimischen Arten sind nur einige der Themenfelder, in denen sich die Gärtnerinnen und Gärtner heute auskennen müssen. Wirtschaftsflash hat mit Ralph Belke, Präsident der Regionalsektion Solothurn von JardinSuisse, über diesen Wandel in der Branche, die Komplexität des Kantons Solothurn bei der Berufsbildung und über gesellschaftliche Kontrolle gesprochen.

Text: Christian Fluri | Fotos: Christian Fluri/zvg

Unser Blick richtet sich heimlich auf die Hände von Ralph Belke, als er zum Gespräch mit Wirtschaftsflash erscheint. «Ist sein Daumen wirklich grün», fragen wir uns. Um es vorweg zu nehmen: Er ist es nicht. Der grüne Daumen bleibt sprichwörtlich. Ganz im Gegensatz zu den Aktivitäten der Solothurner Sektion von JardinSuisse: «Wir haben in unserer Sektion ein gutes Miteinander. Zum Beispiel an der GV stellen wir immer ein spannendes Rahmenprogramm auf die Beine. Das lockere Unter- und Miteinander zu solchen Gelegenheiten ist wichtig. Dabei werden auch Berührungsängste abgebaut», erklärt Präsident Ralph Belke, Inhaber und Geschäftsführer der Belke Gartenbau AG in Lostorf.



Die Regionalsektion Solothurn von JardinSuisse hat rund achtzig Mitglieder. Die meisten davon sind Landschaftsgartenbau-Unternehmen. Das Spektrum reicht vom Einmannbetrieb bis zu Firmen mit sechzig Angestellten.

Grosse administrative Entlastung

Die grossen Firmen der Branche sind allesamt im Verband. Doch Belke macht kein Geheimnis daraus, dass «wir gerne mehr Mitglieder, vor allem kleinere Betriebe, dabei hätten.» Dieses Ziel ist denn auch regelmässig ein Thema an den Vorstandssitzungen: «Wir müssen den Kleinbetrieben deutlicher aufzeigen, welchen Nutzen eine Verbandsmitgliedschaft mit sich bringt», so Belke (s. dazu auch das Interview mit Hans Lichtsteiner auf den Seiten 10 und 11 in dieser Ausgabe).

Als Beispiele nennt der Präsident Branchenlösungen beim Krankentaggeld oder für Baugarantieversicherungen. «Hier gibt es interessante Branchenlösungen. Das ist eine grosse administrative Entlastung für die Betriebe, weil es einfach funktioniert. Darüber wird noch zu wenig gesprochen», ist sich Belke bewusst und ergänzt: «Wir müssen früher ansetzen und gerade den Neugründern die Vorteile einer Mitgliedschaft präsentieren können.»

Ralph Belke, Präsident der Regionalsektion Solothurn von JardinSuisse

Eigene Klassen wären günstiger
Die geografische Struktur des Kantons Solothurn macht die Verbandsarbeit manchmal nicht einfacher. Ralph Belke nennt ein Beispiel: «Unsere Lernenden aus dem Schwarzbubenland gehen ins Baselbiet zur Schule, diejenigen von der Jurasüdseite gehen in den Kanton Bern. Gleichzeitig haben wir im Kanton Solothurn manchmal Schwierigkeiten, eine ganze Lehrlingsklasse zu bilden, obwohl wir das Mengengerüst hätten. Das gilt für den EBA-Lehrgang, bei den EFZ-Lehrgängen haben wir dieses Problem zum Glück nicht», führt Belke die geografische Verzettelung der Berufsbildung in der Grünen Branche aus.

Man merkt, dass es dem Präsidenten nicht so recht passen will, wenn «seine» Lernenden ausserkantonal geschult werden. Auch in finanzieller Hinsicht hat Belke eine klare Meinung: «Ich bin überzeugt, dass es günstiger wäre, wenn man im Kanton Solothurn selber eine Klasse führen würde, als dass man den Baslern und den Bernern Zahlungen leistet.» Teilweise würden zudem auch auf Verbandsebene zwischen den kantonalen Sektionen Welten aufeinanderprallen, so Präsident Ralph Belke weiter.

Nationale und internationale Käufer
Die Branche hat in den letzten Jahren im Bereich der Firmengrösse einige Veränderungen durchgemacht. Einige Firmen sind stark gewachsen, entsprechend hoch kamen die Preise für Übernahmen zu liegen, was wiederum zu einem Nachfolgeproblem geführt hat. Belke erklärt: «Einige Firmen waren plötzlich zu gross und damit zu teuer, als dass sie noch jemand hätte übernehmen können. Kommt dazu, dass viele Junge den Willen zu einer Übernahme nicht haben und das Risiko nicht tragen wollen.» Noch bis vor zehn Jahren habe eine Übergabe oft familien- und/oder be-

DIE GARTEN-PROFIS IM KANTON SOLOTHURN
Die Regionalsektion Solothurn umfasst innerhalb des nationalen Verbands JardinSuisse 82 Mitglieder. Sie stammen aus den Bereichen Produktion, Garten- und Landschaftsbau, Detailhandel sowie Baumschulen. Jedes Mitglied gehört zudem einer Fachgruppe an.

JardinSuisse Solothurn engagiert sich, um dem Gärtnernachwuchs und den interessierten Berufsleuten fachliche Aus- und Fortbildungen anzubieten. So bietet zum Beispiel das moderne Bildungszentrum in Oeschberg dem Solothurner und Berner Gärtnernachwuchs seit 2018 eine komfortable und grosszügige Nutzung für überbetriebliche Kurse sowie Berufsprüfungen an. Als Weiterbildungszentrum der Grünen Branche leistet es einen wichtigen Beitrag zur Schweizer Gartenkultur.

triebsintern stattgefunden. «Heute gibt es die Option des Verkaufs an grosse Player. Darunter sind nationale und internationale Käufer mit einer klaren Wachstumsstrategie.»

Diese Konsolidierung in der Branche macht dem Präsidenten der Regionalsektion von JardinSuisse in Bezug auf den Verband aber keine Sorgen: «Der Verband ist ja auch dazu da, dass man einander kennt und miteinander spricht. Aus diesem Grund sind auch die grossen Firmen weiterhin dabei. Die müssen ja auch wissen, was geht», ist Ralph Belke überzeugt.

Arbeit ist vielfältiger geworden

Die Branche ist seit einigen Jahren neben der gewohnten, strengen Aufsicht durch die Behörden auch vermehrt in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. Die Schlagworte hier lauten Biodiversität, Nachhaltigkeit oder einheimische Arten, um nur einige zu nennen. Belke sagt es so: «Die Gesellschaft beobachtet uns bei unserer täglichen Arbeit: Was tun wir? Was setzen wir?» Und das verändert natürlich auch das Berufsbild: «Wir haben heute überbetriebliche Kurse, die wir uns vor fünfzehn Jahren noch nicht hätten vorstellen können. Bei den Biodiversitätskursen zum Beispiel geht es um Themen wie Insektenlarvenplätze, Mischbepflanzungen, einheimische Pflanzungen und so weiter», so Belke.

Die Gärtnerinnen und Gärtner müssen sich heute mehr und vor allem andere Gedanken machen als vor ein paar Jahren. Ein gutes Beispiel ist der Klimawandel: «Wir haben Pflanzen, die mit den Folgen des Wandels wirklich Mühe haben. Wir brauchen andere, hitzeresistentere Pflanzen und müssen uns auch über neue, alternative Standorte vermehrt im Klaren sein.»

Schon nur Jahreszeiten sorgen für Abwechslung

Gartenbau war lange ein Lifestyle-Produkt. Kaum eine Zeitschrift kam ohne mindestens ein paar Garten-Sonderseiten aus. «Während der Pandemie ging es dann durch die Decke: Unsere Branche konnte profitieren und hatte eine Auslastung wie wohl noch nie in ihrer Geschichte. Mittlerweile hat sich die Situation wieder normalisiert», erklärt Ralph Belke.

Und was macht den Garten-Profi aus? Was muss man mitbringen? Ralph Belke muss nicht lange überlegen: «Gerne draussen arbeiten, die Vielfalt geniessen und teamfähig sein. Teamfähigkeit ist eigentlich das Wichtigste. Man muss mit den Menschen sprechen und mit ihnen umgehen können. Bei uns kann man sich nicht verstecken.» Für Abwechslung im Berufsalltag ist in der Grünen Branche auf jeden Fall gesorgt: «Einerseits ist man nicht wochenlang auf der gleichen Baustelle. Andererseits sorgen die Jahreszeiten für Variation. Sie geben vor, welche Arbeiten wir wann erledigen können», so Belke. ■

SERIE

Ein Verband ist nur so stark wie seine Mitglieder. Das gilt natürlich auch für den KMU- und Gewerbeverband Kanton Solothurn (KGV SO), dessen Mitgliederstamm sich neben Einzelmitgliedern primär aus lokalen Gewerbe- und Berufsverbänden zusammensetzt.
Zu Beginn dieses Jahres startete die Serie, die aktive und innovative KGV SO-Verbandsmitglieder ins Scheinwerferlicht rückt. Bereits porträtiert wurden «Coiffure Suisse Solothurn» (Ausgabe 1/25), die Solothurner Sektion von «Holzbau Schweiz» (Ausgabe 2/25), der Drogistenverband Nordwestschweiz (DVNW) in der Ausgabe 3/25 und EIT.solothurn in der letzten Ausgabe 4/25.

Anzeige

EMMENEGGER FIDES

DER Treuhand-Spezialist

Buchführung und Abschlussberatung
Wirtschaftsprüfung
Steuerberatung
Nachfolgeregelung
Unternehmensberatung

Leberngasse 9 | 4600 Olten | Telefon 062 206 06 66
info@emmenegger-fides.ch | www.emmenegger-fides.ch

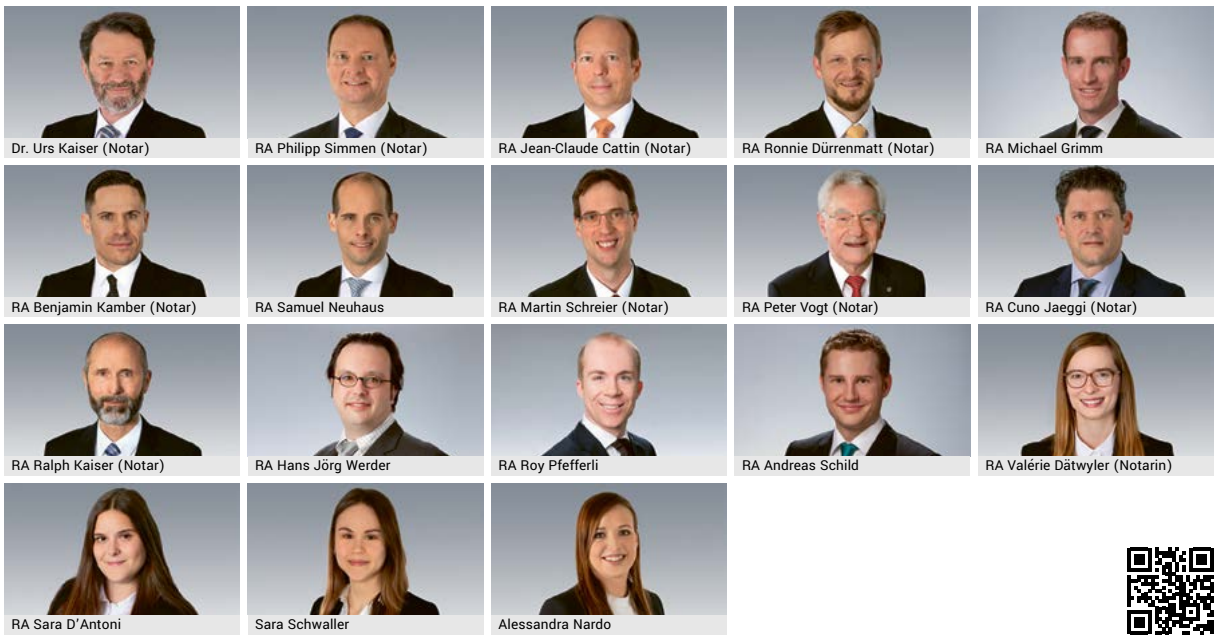
damit Sie auch später noch kräftig zupacken können.

fundamenta
SAMMELSTIFTUNG

Jurastrasse 20, Postfach, 4601 Olten
Telefon 062 207 10 80
info@fundamenta.ch

Ihre Partner für Recht

Kaiser Simmen Cattin Partner
Rechtsanwälte und Notare


Dr. Urs Kaiser (Notar)
RA Philipp Simmen (Notar)
RA Jean-Claude Cattin (Notar)
RA Ronnie Dürrenmatt (Notar)
RA Michael Grimm
RA Benjamin Kamber (Notar)
RA Samuel Neuhaus
RA Martin Schreier (Notar)
RA Peter Vogt (Notar)
RA Cuno Jaeggi (Notar)
RA Ralph Kaiser (Notar)
RA Hans Jörg Werder
RA Roy Pfefferli
RA Andreas Schild
RA Valérie Dätwyler (Notarin)
RA Sara D'Antoni
Sara Schwaller
Alessandra Nardo

Parolen: SOHK und KGV SO lehnen Juso-Initiative ab

Vor den eidgenössischen und kantonalen Abstimmungen vom 30. November 2025 haben die beiden grossen Wirtschaftsverbände im Kanton Solothurn ihre Positionen festgelegt: Die Solothurner Handelskammer (SOHK) lehnt sowohl die Service-citoyen-Initiative als auch die Juso-Initiative klar ab. Der KMU- und Gewerbeverband Kanton Solothurn (KGV SO) teilt die Haltung zur Juso-Initiative, unterstützt aber die Teilrevision des kantonalen Wirtschafts- und Arbeitsgesetzes (WAG). Bei den übrigen Vorlagen verzichten beide Verbände auf eine Abstimmungs-Empfehlung.

Text: Daniel Probst

Die Abstimmungen vom 30. November betreffen Themen, die auch für die Wirtschaft und das Gewerbe im Kanton Solothurn wichtig sind. Es geht um Steuern, gesellschaftliche Fragen bis hin zu kantonalen Regulierungen. Die SOHK und der KGV SO setzen sich für stabile Rahmenbedingungen, planbare Regeln und weniger Experimente ein.

Beide Verbände lehnen die Juso-Initiative klar ab

Die Handelskammer und der KMU- und Gewerbeverband lehnen die Volksinitiative «Für eine soziale Klimapolitik – steuerlich gerecht finanziert» klar ab. Die sogenannte Juso-Initiative will eine Erbschaftssteuer von fünfzig Prozent auf Vermögen über fünfzig Millionen Franken einführen.

Für beide Verbände ist die Initiative ein schwerer Eingriff in die Nachfolgefähigkeit vieler Betriebe. Gerade in familiengeführten KMU liegt das Geld nicht auf dem Bankkonto, sondern ist investiert im Betrieb, in Maschinen, Gebäude, Fahrzeuge oder Know-how.

«Die Initiative gefährdet den Generationenwechsel in unseren KMU», sagt KGV SO-Präsident Stefan Blaser. «Mit einer Erbschaftssteuer von fünfzig Prozent wären viele Nachfolgerinnen und Nachfolger gezwungen, Teile ihres Betriebs oder gar die ganze Firma zu verkaufen. Das kann niemand wollen.»

Auch die Handelskammer sieht die Vorlage sehr kritisch. Sie warnt vor einem Nachteil für den Wirtschaftsstandort Schweiz. Eine solche Steuer würde Kapital vertreiben und Investitionen bremsen. Im Kanton Solothurn, wo viele Betriebe seit Generationen bestehen, wäre das ein Rückschritt. Beide Verbände empfehlen deshalb ein deutliches Nein.

Service-citoyen-Initiative: Pflicht statt Freiwilligkeit

Auch bei der sogenannten Service-citoyen-Initiative sagt die Solothurner Handelskammer Nein. Die Initiative will, dass alle Schweizerinnen und Schweizer im Laufe ihres Lebens einen Dienst zugunsten der Gesellschaft leisten – sei es im Militär, im Zivilschutz oder in sozialen Einsätzen.

Die Handelskammer anerkennt selbstverständlich den Wert des Milizsystems, findet aber, dass eine allgemeine Pflicht zu weit geht. Für viele Firmen wäre das eine zusätzliche Belastung, weil Mitarbeitende während Wochen oder Monaten fehlen würden. Gerade kleinere Betriebe hätten Mühe, das aufzufangen.

«Verantwortung kann man fördern, aber nicht verordnen», hält Direktor Daniel Probst fest. Eine solche Pflicht bringe keinen direkten Nutzen für die Wirtschaft und sei unnötig kompliziert. Der KMU- und Gewerbeverband Kanton Solothurn hat zu dieser Vorlage keine Parole gefasst.

KGV SO unterstützt die Teilrevision des WAG

Auf kantonaler Ebene sagt der KMU- und Gewerbeverband Ja zur Teilrevision des Wirtschafts- und Arbeitsgesetzes (WAG). Die Vorlage sieht vor, dass kommerzielle Anbieter von Lotto- und Tombola-Veranstaltungen künftig keine Bewilligung mehr erhalten. Damit soll sichergestellt werden, dass die vorhandenen Kontingente bei den gemeinnützigen Vereinen bleiben.

Für den Verband ist das ein Zeichen der Unterstützung für das Vereinswesen, das im Kanton Solothurn eine wichtige Rolle spielt und oft eng mit dem Gewerbe verbunden ist. Viele lokale Vereine, auch Gewerbevereine, finanzieren sich teilweise über Lottoeinnahmen.

Parolen der Wirtschaftsverbände im Überblick

Vorlage	Solothurner Handelskammer	KMU- und Gewerbeverband Kanton Solothurn
Juso-Initiative	NEIN	NEIN
Service-citoyen-Initiative	NEIN	Keine Parole
Kauf Liegenschaft Bielstrasse 3	Keine Parole	Keine Parole
Kürzung STAF-Ausgleich	Keine Parole	Keine Parole
Teilrevision Wirtschafts- und Arbeitsgesetz (WAG)	Keine Parole	JA

«Mit dem Verbot der Profilottiers bleibt das Kontingent für die Solothurner Vereine erhalten», sagt KGV-Präsident Stefan Blaser. «Diese leisten viel für das gesellschaftliche Leben im Kanton und sind auf diese Einnahmen angewiesen.»

Die Solothurner Handelskammer verzichtet bei dieser Vorlage auf eine Parole, weil sie für die kantonale Wirtschaft keine direkten Auswirkungen hat.

Verbände haben zu den übrigen Vorlagen keine Parole gefasst

Bei den restlichen Geschäften, dem Kauf der Liegenschaft Bielstrasse 3 und der Kürzung des STAF-Ausgleichs, haben beide Verbände auf eine Empfehlung verzichtet. Diese Vorlagen betreffen vor allem die Finanz- und Verwaltungspolitik des Kantons und haben keinen direkten Einfluss auf die Unternehmen.

Wirtschaftspolitik mit Augenmass

Mit ihren Parolen setzen die beiden Wirtschaftsverbände auf Vernunft und Verlässlichkeit. Sie sprechen sich dort klar aus, wo die Wirtschaft betroffen ist, und verzichten auf Empfehlungen, wo die Bedeutung gering ist. Beide Organisationen bleiben ihrer Linie treu: eine Politik, die den Standort stärkt, Arbeitsplätze sichert und Investitionen ermöglicht. Unterschiede in der Gewichtung einzelner Vorlagen zeigen, dass sie pragmatisch entscheiden, immer mit Blick auf die Realität in den Mitgliedsunternehmen. ■

Anzeige

solidis
EINEN SCHRITT • VORAUS

Steuern.

Solidis Revisions AG
Solidis Treuhand AG
info@solidis.ch
solidis.ch

EXPERT SUISSE Certified Company
MEMBER TIAG

ARBEITSSICHERHEIT

Wie die Lehrzeit sicherer wird

Lernende verunfallen im Beruf rund doppelt so häufig wie Erwachsene. In der Freizeit ist das Risiko eines Unfalls rund siebzig Prozent höher. Aber mit erlebbarer Sensibilisierung lassen sich die Fallzahlen mit hoher Wahrscheinlichkeit senken. Deshalb absolvierten rund 1400 Lernende im August und September 2025 an den Berufsbildungszentren in Solothurn-Grenchen und Olten den Erlebnisparcours der Suva.

Text: Stefan Kühnis | Fotos: Janosch Abel

Rohyth Ganeshkanna und Marisa Sae-Wang vor der Fussballwand des Suva Erlebnisparcours

Unerfahrenheit, Leichtsinn, fehlende Aufmerksamkeit oder Unsicherheit können Ursachen sein, weshalb Lernende deutlich häufiger verunfallen als ausgelernte Mitarbeitende. «Auch Erwachsene sind unsicher, wenn sie etwas Neues machen», sagt Kilian Bärtschi, Agenturleiter der Suva Solothurn. «Ein junger Mensch kommt zudem aus einem behüteten Umfeld, hat wenig Erfahrung und kann daher die Gefahren im beruflichen Umfeld nicht einschätzen. Vielleicht überschätzt er sich oder er wurde nicht ausreichend instruiert. Allenfalls fehlt der Mut, ‹STOPP› zu sagen, wenn man etwas nicht verstanden hat oder eine Situation gefährlich ist.»

Am Anfang stand die Arbeitssicherheit

Rohyth Ganeshkanna wurde schon ganz am Anfang seiner Lehrzeit mit Arbeitssicherheit konfrontiert. «Wir sprechen bereits bei der Unterzeichnung des Lehrvertrages darüber», sagt sein Berufsbildner Ilija Blatancic von der Heinz Hänggi Swiss Stamping Solutions GmbH. «Es gibt hier Arbeiten, für die man Schutzmassnahmen treffen muss. Aber darin sind die Lernenden noch unerfahren. Deshalb wollen wir früh darüber reden.»

Als angehender Produktionsmechaniker arbeitet Rohyth Ganeshkanna unter anderem an der Drehbank, mit Bohrmaschinen oder an Fräsmaschinen. Nicht jede Gefährdung lässt sich mit technischen Massnahmen ausschliessen. Abgeschreckt hat ihn das nicht. «Ich konnte mir vorstellen, dass es Gefahren gibt», sagt er. «Für mich war klar, dass ich vorsichtig und konzentriert arbeiten und mich an die Regeln halten muss.» Er sieht die fehlende Erfahrung als Hauptgrund, weshalb Lernende häufiger verunfallen. «Im ersten Lehrjahr sind sich viele nicht bewusst, dass sie nun an der Arbeit und nicht mehr in der Schule sind», sagt er. «Ist man zwischendurch unaufmerksam und redet mit Kollegen, kann schnell etwas passieren.»

Instruktion, Sensibilisierung und Mut

In seiner Klasse an der Berufsfachschule ist auch Marisa Sae-Wang, die sich ebenfalls zur Produktionsmechanikerin ausbilden lässt. «Sie ist eine sehr vorsichtige Lernende», sagt ihr Berufsbildner Elias Basler von der login Berufsbildung AG. «Sie hat Respekt vor den Maschinen, fragt häufig nach und überfordert sich nicht. Das ist genau das, was wir wollen.» Aus seiner Sicht ist die Sensibilisierung zu Beginn der Lehrzeit enorm wichtig. «Lernende müssen die Gefahren kennen, aber auch unsere Erwartungen, wie sie mit diesen Gefahren umgehen sollen.»

«Ich fühle mich sicher bei der Arbeit», sagt Marisa Sae-Wang. Der Betrieb achte gut auf sie. «Alle paar Minuten schaut jemand vorbei, wie es uns geht, wie wir arbeiten oder ob wir abgelenkt sind», sagt sie.

Alle Mitarbeitenden und natürlich auch Lernende haben das Recht, die Arbeit zu unterbrechen, falls sie sich unsicher fühlen. «Ich habe den STOPP-Ausweis der Suva immer in meiner Mappe, aber ich sage auch ohne ihn STOPP, wenn es sein muss», sagt Marisa Sae-Wang. «Am An-

Marisa (in der Mitte) misst sich mit Sandro und Noraan: Wer drückt schneller den richtigen Knopf?

Wie gut lässt sich ein Smiley nachzeichnen, wenn eine Hirnverletzung simuliert wird? Rohyth (vorne) und Nils geben ihr Bestes.

fang war ich schüchtern, aber das ist inzwischen besser geworden.» Rohyth Ganeshkanna sei früher ebenfalls schüchtern gewesen, sagt er, «aber wenn ich mich nicht sicher fühle, bin ich ganz bestimmt mutig und sage STOPP.»

Elias Basler legt Wert darauf, dass Sicherheit immer oberste Priorität hat. «Wir erfassen Unfälle und Beinahe-Unfälle, diskutieren sie und lernen daraus – wertfrei und ohne Kritik», sagt er. «Sicherheit darf kein Tabu sein. Man soll darüber reden, so viel und so oft wie möglich. Vor der Geschwindigkeit der Arbeit steht immer die Sicherheit.»

Praxisnahe Erfahrungen

Um Lernende gezielt zu sensibilisieren, eignen sich bildliche Darstellungen oder Videos besser als reine Theorie. Auch der Erlebnisparcours der Suva hilft. An verschiedenen Posten auf dem Parcours lernen Jugendliche theoretisches Wissen und machen praktische Erfahrungen. «Man kann hier selbst aktiv sein, einander beobachten, miteinander diskutieren und lachen», sagt Kilian Bärtschi. «Das Thema wird erlebbar und zu einer gemeinsamen Erfahrung, die auch Spass machen darf, obwohl es eine ernste Angelegenheit ist.» «Das Torwandschiessen mit der Brille, die eine Augenverletzung simuliert, war besonders beeindruckend», sagt Rohyth Ganeshkanna, nachdem er den Erlebnisparcours absolvierte. «Ich möchte ganz bestimmt nicht an den Augen verletzt werden. Das muss sehr schlimm sein.» Marisa Sae-Wang fand ausserdem den Posten zu den Kopfverletzungen eindrücklich. Dieser erinnerte sie an ein Erlebnis in ihrer Kindheit: «Als ich klein war, hatte ich einen Velounfall. Ich trug zwar einen Helm, aber der Riemen war nicht richtig angezogen», erzählt sie. «Ich verlor das Gleichgewicht und stürzte. Der Helm flog weg, ich schlug den Kopf auf und habe seither eine Narbe über dem Auge.» Diese Narbe erinnert sie daran, wie schnell etwas passieren kann.

Eigenes Erleben

«Wir erreichen jene Lernenden besser, die schon gewisse Erfahrungen machten, dass etwas passieren kann – ob in der Schule, im Sport oder im Hobby. Und dass sich dadurch sehr schnell sehr viel verändern kann», sagt Ilija Blatancic.

Der Erlebnisparcours ist eine sicherere Variante, um solche Erfahrungen zu sammeln. Im September 2025 stand er im Berufsbildungszentrum in Solothurn. Hier konnten ihn insgesamt 300 Lernende während je einer Stunde absolvieren. «Uns ist es wichtig, die Lernenden auf eine interaktive und praxisnahe Weise für das Thema Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz zu sensibilisieren», sagt Bernhard Beutler, Direktor des BBZ Solothurn-Grenchen. «Der Erlebnisparcours regt zum Mitdenken an und vermittelt diese Inhalte spannend, abwechslungsreich und nachhaltig. Besonders gefällt mir, dass man durch eigenes Erleben besser versteht, wo die Gefahren im Berufsalltag lauern.» ■

SICHERE LEHRZEIT

Eine ernüchternde Bilanz: Jedes Jahr verunfallen in der Schweiz 23 000 Lernende während der Arbeit. Zudem verletzt sich jeder fünfte Auszubildende während der Freizeit. Eine der Hauptursachen ist, dass Jugendliche über weniger Erfahrung verfügen und Risiken schlechter einschätzen können. Um Lernenden eine sichere Lehrzeit zu ermöglichen, sollte jeder erwachsene Mitarbeitende ein Vorbild sein. Zudem brauchen die Jugendlichen die Zusage, dass sie bei Unsicherheiten jederzeit STOPP sagen dürfen.

Die Suva bietet verschiedene Hilfsmittel an, um Lernende besser mit diesen Themen zu erreichen. Dazu gehören eine Checkliste für die Vorbereitung des Lehrstarts, die Broschüre «10 Schritte für eine sichere Lehrzeit» inklusive STOPP-Ausweis, Vertiefungsaufgaben zu verschiedenen Arbeits- und Freizeitthemen, die individuell zusammengestellt werden können («Danger Zone»), die beiden Präventionsmodule «Erlebnisparcours» und «Fit for work & life» sowie verschiedene Videos und Plakate.

suva.ch

SPRACHDEBATTE

Weniger Fremdsprachen würden der Wirtschaft nützen

Immer mehr Stimmen fordern, den Fremdsprachenunterricht in der Primarschule zu überdenken. In mehreren Kantonen werden Reformen diskutiert. Die Praxis zeigt, dass viele Kinder mit zwei Fremdsprachen auf der Primarstufe überfordert sind und auch Lehrpersonen an Grenzen stossen. Aus Sicht der Wirtschaft wäre eine Fremdsprache ab der fünften Klasse sinnvoller, am besten Französisch. Denn Qualität zählt mehr als ein früher Start.

Text: Daniel Probst | Foto: zvg

Die Diskussion um den Sprachunterricht ist nicht neu, hat aber in der Schweiz in den letzten Monaten spürbar an Dynamik gewonnen. Nach Jahren der politischen Zurückhaltung wird in mehreren Kantonen offen darüber gesprochen, ob der aktuelle Fremdsprachenunterricht noch zeitgemäss ist, pädagogisch, gesellschaftlich und wirtschaftlich. Was einst als Fortschritt galt, steht heute zunehmend auf dem Prüfstand.

Für die exportorientierte Wirtschaft sind solide Sprachkenntnisse kein Luxus, sondern Voraussetzung für Wettbewerbsfähigkeit. Doch die Praxis zeigt: Die Ziele des Frühfranzösisch werden verfehlt, obwohl die Schüler ab der dritten Klasse Französisch lernen. Die Schülerinnen und Schüler verlassen die Schule oft mit oberflächlichen Kenntnissen in mehreren Sprachen, statt mit soliden Grundlagen in einer.

Frühfranzösisch ist gut gemeint, aber mit schwachem Ergebnis

Die Schweiz lebt von Bildung, Leistung und Verständigung. Doch gerade beim Thema Sprachen droht das System an seinem eigenen Anspruch zu scheitern. In vielen Deutschschweizer Kantonen lernen Kinder heute bereits in der Primarschule Hochdeutsch, Französisch und Englisch. Damit sollen sie für eine globalisierte Welt gerüstet werden. Tatsächlich aber führt die Sprachenvielfalt in jungen Jahren oft zu Überforderung und unklaren Ergebnissen. Viele Schulabgängerinnen und Schulabgänger können sich zwar auf Englisch verständigen, nicht aber in der zweiten Landessprache. Für ein Land, das sich Mehrsprachigkeit auf die Fahnen schreibt, ist das fatal.

Auch wissenschaftlich ist der Nutzen des frühen Fremdsprachenunterrichts umstritten. Untersuchungen der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) zeigen, dass in der Deutschschweiz nur rund zwei Drittel der Schülerinnen und Schüler am Ende der Schulpflicht die geforderten Kompetenzen im Französischen erreichen. In Englisch gelingt das deutlich besser, wohl nicht zuletzt deshalb, weil Kinder die Sprache ausserhalb der Schule häufiger hören und anwenden. Die oberste Lehrerin der Schweiz, Dagmar Rösler, brachte es kürzlich im «Blick» auf den Punkt: «Man hat der Politik zu viel versprochen.» Damit meint sie den Anspruch, Kinder in der Primarschule zu kleinen Polyglotten zu machen. Die Realität sieht anders aus.

Überforderung schadet auch der Wirtschaft

Aus Sicht der Arbeitgeber und der Wirtschaft ist diese Entwicklung problematisch. Sprachkompetenz gehört heute zu den Grundvoraussetzungen für beruflichen Erfolg. Gerade im Kanton Solothurn ist sie Teil der Standortqualität. Hier, im Herzen der Schweiz, arbeiten zahlreiche Betriebe, die eng mit der Romandie verflochten sind. In Grenchen, im Schwarzbubenland oder in der Uhren- und deren Zulieferindustrie können Französischkenntnisse im Kundenkontakt den Unterschied machen.

Gleichzeitig hat sich zwischen Solothurn und Grenchen in den letzten Jahren ein starker Cluster von Medizinaltechnik- und Biotechnologie-Unternehmen entwickelt. Diese exportorientierten Branchen arbeiten in internationalen Netzwerken, in denen Englisch längst zur Arbeitssprache geworden ist, nicht nur im Management, sondern auch in der Produktion, etwa bei Polymechanikerinnen, Automatikern oder Anlagenführern. Wer englischsprachige Handbücher, Software oder Qualitätsprotokolle nicht versteht, ist im Nachteil.

Wenn junge Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteiger Mühe haben, französisch sprechende Kunden zu verstehen oder englische technische Unterlagen korrekt zu deuten, wird das schnell zum Wettbewerbsnachteil. Genau deshalb braucht es ein Sprachenkonzept, das die Realität der Wirtschaft abbildet: Französisch als solide Grundlage für den Brückenschlag in die Romandie, Englisch als praxisorientierte

Zusatzkompetenz, die im Berufsfeld aufgebaut werden kann. Entscheidend ist dabei nicht, möglichst früh zu beginnen, sondern so zu unterrichten, dass die Sprache im Arbeitsleben auch tatsächlich trägt.

Lehrpersonen sind am Limit
Erfahrungen aus Schulen zeigen: Die Anforderungen an Lehrpersonen sind massiv gestiegen. Sie sollen zwei Fremdsprachen auf der Primarstufe unterrichten, oft ohne dafür optimal ausgebildet zu sein. Sprachwissenschaftler Daniel Elmiger spricht von überlasteten Lehrpersonen, die zu wenig Unterstützung erhalten. Wenn der Unterricht zu einer Pflichtübung verkommt, verlieren Kinder wie Lehrpersonen die Motivation.

Auch deshalb kommen Reformüberlegungen in Fahrt. Im Kanton Zürich wird geprüft, Französisch künftig erst auf der Sekundarstufe zu unterrichten. In Solothurn forderte die FDP mit einem Vorstoss, Englisch erst in der Oberstufe einzuführen, um die Grundlagen in Deutsch und Mathematik zu stärken. Der Regierungsrat zeigte Verständnis, machte aber klar, dass eine Änderung nur mit einer Anpassung des HarmoS-Konkordats möglich wäre.

Doch wenn ein Konkordat wie HarmoS sinnvolle Reformen verhindert, muss man sich fragen, ob es seiner ursprünglichen Aufgabe noch gerecht wird. Qualität sollte immer Vorrang haben, vor starren Strukturen und politischen Rücksichten. Bildungspolitik darf kein Selbstzweck sein, sondern muss den Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler und letztlich auch den Arbeitgebern dienen, wo die jungen Erwachsenen später einmal ihr eigenes Geld verdienen wollen. Die Weichen für eine zukunftsfähige Bildungspolitik müssen jetzt gestellt werden.

Weniger ist mehr, auch in der Bildung
Es geht nicht darum, Sprachen gegeneinander auszuspielen, sondern darum, sie sinnvoll und wirksam zu vermitteln. Frühförderung ist kein Wert an sich. Entscheidend ist, dass Kinder Sprache als Werkzeug begreifen und nicht als Hürde. Wenn das gelingt, profitieren am Ende alle: die Schulen, die Lehrpersonen, die Betriebe und eine Gesellschaft, die auf Verständigung statt auf Überforderung baut.

Für die Wirtschaft gilt dasselbe wie für die Bildung: Nachhaltiger Erfolg entsteht nicht aus dem Zuviel, sondern durch kluge Prioritäten. Eine Fremdsprache ab der fünften Klasse reicht, wenn sie gut vermittelt wird. Französisch ist dabei die logische Wahl, da schwieriger zu lernen, stärker mit der Schweizer Realität verbunden und gerade im Kanton Solothurn mit der Schwelle zur Romandie für einige Branchen zentral.

Englisch wird niemandem verloren gehen; es wird in der Berufswelt ohnehin unvermeidlich gelernt. Entscheidend ist, dass die Schule die Grundlagen legt und nicht alles gleichzeitig leisten will. Wenn HarmoS uns daran hindert, dann sollten wir es ehrlich sagen: Qualität vor Struktur, Lernfreude vor Symbolpolitik. Weniger ist manchmal wirklich mehr, auch in der Bildung. ■

AGENDA

Wirtschaftsapéro 2026
Donnerstag, 29. Januar 2026, 16.00 Uhr
Jomos Eventhalle, Balsthal

Solothurner Handelskammer

Steuerforum Solothurn 2025
Montag, 10. November 2025, 16.30–18.30 Uhr
Rittersaal, Von Roll-Haus, Solothurn

Arbeitsrechtsseminar
Mittwoch, 12. November 2025, 08.45–17.00 Uhr
Hotel La Couronne, Hauptgasse 64, Solothurn

Export-Seminar: «Tares – der Zolltarif verständlich erklärt»
Donnerstag, 13. November 2025, 08.30–12.00 Uhr
SOHK, Solothurn

Teamdynamik verstehen und gestalten – Führen in komplexen Strukturen
Dienstag, 18. November 2025, 16.00–19.00 Uhr
SOHK, Solothurn

Dialog mit dem Chef der Armee
Freitag, 21. November 2025, 11.30–14.00 Uhr
Scintilla AG, Widistrasse 9, 4528 Zuchwil

Weitere SOHK-Anlässe unter sohk.ch/events

KMU- und Gewerbeverband Kanton Solothurn

Einzelmitgliederanlass
Mittwoch, 29. Oktober 2025, 18.00 Uhr
Domaine de Soleure, Solothurn

KI, KMU und Kompetenz
Mittwoch, 12. November 2025
Kofmehl, Solothurn

Gewerbekammer
Donnerstag, 20. November 2025, 19.00 Uhr
Gartenbaumann AG, Wangen bei Olten

Webinar «News zu Steuern und Sozialversicherungen»
Mittwoch, 3. Dezember 2025, 07.30 Uhr
Online-Veranstaltung

Weitere KGV SO-Anlässe unter kgv-so.ch/aktuelles/events

IMPRESSUM

46. Jahrgang. Erscheint sechsmal jährlich.

Herausgeber
Solothurner Handelskammer (SOHK)
KMU- und Gewerbeverband Kanton Solothurn (KGV SO)

Administration | Abonnemente
Einfache Gesellschaft Wirtschaftsflash
Hans Huber-Strasse 38
4500 Solothurn | 032 624 46 24
info@kgv-so.ch

Geschäftsführung
Charlie Schmid, Christian Fluri
redaktion@wirtschaftsflash.ch
Daniel Probst
daniel.probst@sohk.ch
Sarah Koch
sarah.koch@kgv-so.ch

Redaktion
Christian Fluri, Charlie Schmid und
Christoph Rölli
Biberiststrasse 8g | 4500 Solothurn
redaktion@wirtschaftsflash.ch

Layout | Produktion
c&h konzepte werbeagentur ag ASW
Biberiststrasse 8g | 4500 Solothurn
info@werbekonzepte.ch

Inserate
Urs Bader
Mitteldorfstrasse 21 | 4703 Kestenholz
079 885 36 35
inserate@wirtschaftsflash.ch

Auflage
Pflichtabonnements: 3817 Ex.
Total verkaufte Auflage: 4013 Ex.
Total verbreitete Auflage: 4133 Ex.
(WEMF-Beglaubigung 2024/2025)

Geschäftsbedingungen
wirtschaftsflash.ch/geschaeftsbedingungen

Abonnementspreise
CHF 25.– für ein Jahr
CHF 40.– für zwei Jahre

Online
www.wirtschaftsflash.ch

Druck | Spedition
Paul Büetiger AG, 4562 Biberist

Gastbeiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder der Herausgeber wieder.
Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte und Bilder übernehmen Herausgeber und Redaktion keinerlei Haftung.

© Einfache Gesellschaft Wirtschaftsflash, Solothurn

MUSEUM
ALTES
ZEUGHAUS

GESCHICHTE, EVENT UND FÜHRUNGEN.

Sie suchen nach der richtigen Location für Ihren unvergesslichen Anlass?

Wir bieten den passenden Rahmen mit:

- Historischem Ambiente
- Moderner Infrastruktur
- Individueller Eventplanung
- Flexibler Raumgestaltung

Museum Altes Zeughaus
Zeughausplatz 1, 4500 Solothurn
T +41 32 627 60 70
info@museum-alteszeughaus.ch

Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Finanziert durch die EKAS
www.ekas.ch

Suva
Postfach, 6002 Luzern, Tel. 058 411 12 12

suva

Machen Sie Ihren Mitarbeitenden eine Freude und verschenken Sie SO.GUTscheine der Stadt- und Gewerbevereinigung Solothurn.

Die SO.GUTscheine sind 5 Jahre gültig und werden in rund 200 Geschäften in der Stadt Solothurn als Zahlungsmittel akzeptiert.

Bestellung und Annahmestellen unter: shopin-solothurn.ch